Literatur-Rundschau

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **85 (1993)**

Heft 4

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Arbeit durch sozial aufgestockten Niedriglohn?

■■■ (ea) Kann durch die bewusste Förderung von Niedriglohnbereichen wieder Vollbeschäftigung erreicht werden? Ja, meint Fritz Scharpf, Direktor des Max-Planck-Instituts. Sein Gedankengebäude grob skizziert: Vollbeschäftigung sei durch politische Steuerung nicht mehr zu erreichen. Die Beschäftigung sei nur mehr zu steigern im Privatsektor, und zwar durch Billiglohnarbeit, die heute aber nicht existiere, weil sie für die ArbeitnehmerInnen zu wenig attraktiv und für die Arbeitgeber, weil erstere tariflich geschützt, zu wenig rentabel sei. «Das amerikanische Beschäftigungswunder» zeige aber, dass in Fülle vor allem manuelle, wenig produktive und daher schlecht entlöhnte Arbeit neu zu schaffen sei. Lasse man also einen Niedriglohnsektor zu, erhöhe sich das Arbeitsangebot, sinke die Arbeitslosigkeit. Die so wieder Arbeit Findenden können aber mit ihrem Lohn kaum überleben. Deshalb plädiert Scharpf für einen finanziellen Ausgleich via Negativsteuer. Staatlich festgelegt werden sollen zwei verschiedene Grade von Existenzminima. Ein Subsistenzniveau (S) fixiert den Betrag, den alle arbeitsfähigen Arbeitslosen erhalten. Ein – höheres – Niedrigeinkommen (N) fixiert die Mindesteinkommensgrenze, die allen Arbeitenden garantiert wird. Wer nun in einem der neu geschaffenen Niedriglohnbereich arbeitet, aber einen tieferen Betrag als N verdient, erhält via Negativsteuer den Betrag bis zur Höhe von N aufgestockt. Einkommen bis zur Höhe von N werden nicht besteuert, mit den Steuererträgen von Einkommen, die höher liegen als N, werden die tiefer als N liegenden Einkommen bis auf N gehoben.

Die Gewerkschaften – so Scharpf – sollten im Bereich der Niedriglohnsektoren gerade nicht auf Lohnbesserungen zielen (weil sonst diese Arbeitsplätze wieder eliminiert würden), sondern vielmehr via politischen Einfluss auf den Staat eine akzeptable und jeweils zu steigernde Höhe von N durchsetzen.

Die Kritik an diesem Modell, dessen eine Schwäche auch darin liegt, dass es nirgends nach der Qualität der neu zu schaffenden Niedriglohnarbeit frägt, folgte postwendend. Die Steuerungsfähigkeit der Wirtschaftspolitik werde – gerade in den neuen Bereichen von Wissenschafts- und Technologiepolitik – massiv unterschätzt. Wahrscheinlich sei, dass Niedriglohnbereiche Lohnsenkungen im Tarifbereich nach sich zögen. Damit stelle sich das Problem der Belastung der Löhne im hochproduktiven Bereich und damit auch die Höhe des Niedrigeinkommens. Die Gewerkschaften könnten zudem, einmal den Schutz der Tarifverträge für einen grossen Teil der Arbeitswelt preisgegeben, in der dünnen politischen Luft viel weniger erreichen als in der direkten Konfrontation mit den Arbeitgebern. Zudem führe Niedriglohnpolitik zu einer zusätzlichen Abschwächung der Nachfrage, womit die Grundlage der bisherigen Entwicklungsdynamik aufgekündigt werde.

Die Entwicklung dieser hier nur in ihren groben Zügen nachgezeichneten Diskussion, die in der Schweiz noch nie geführt wurde, der aber bei einer allfälligen, wiewohl auch eher unwahrscheinlichen Umsetzung zumindest attestiert werden kann, dass sie sich mehr Akzeptenz als diejenige über das garantierte Mindesteinkommen verschaffen kann, wird also aufmerksam zu verfolgen sein. ■■■

Fritz W. Scharpf: Von der Finanzierung der Arbeitslosigkeit zur Subventionierung niedriger Erwerbseinkommen. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 7/93, S. 433ff.
Joachim Bischoff und Richard Detje: Arbeit durch Niedriglohn? Zur Strategie des Zweiten Arbeitsmarkts – Kritik an Fritz Scharpf. In: Sozialismus 9/93, S. 8ff.

Fundgrube für sozialpolitisch Interessierte

■■■ Die Ökonomen Peter Füglistaler und Maurice Pedergnana legen eine Fülle von Vorschlägen vor, wie in der Schweiz ein stimmiges und effizientes System sozialer Sicherheit geschaffen werden könnte. Während heute alle von einem neuen Elan reden, der mit Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung und Revitalisierung der Wirtschaft zu geben sei, gehe kaum jemand daran, die soziale Sicherheit zu «revitalisieren», obwohl sich die Armut in unserem Lande nachgewiesenermassen immer weiter ausbreite. Drei Ziele soll eine aufeinander abgestimmte Sozialpolitik haben: Solidarität unter allen Bürgerinnen und Bürgern; Transparenz sowohl für die Beitragszahler und -zahlerinnen als auch in der Verwaltung sowie beim Angebot; Wirksamkeit, was mit einer lückenlosen Sicherung der Existenz für alle gleichzusetzen ist.

Die beiden Wissenschafter haben es mit ihren Vorschlägen nicht auf eine Pflästerlipolitik abgesehen. Ihre Vorschläge beginnen beim Gesundheitswesen und gehen über die Familienpolitik bis zur Alters- und Invalidenvorsorge. Sie beschäftigen sich ebenso mit dem Schutz vor Arbeitslosigkeit wie mit der öffentlichen Sozialhilfe, den Sozialdiensten und dem Schutz vor Überschuldung. Vorschläge machen sie auch zur Wohneigentumspolitik und zum Mieterschutz. Ebenso einbezogen wird die Ausländer- und Flüchtlingspolitik. In fast all diesen Bereichen gibt es Vorschläge, die den Leuten rechts im politischen Spektrum nicht allzu gut in den Ohren klingen, aber auch für uns links der Mitte hat es Schwerverdauliches im Buch.

Fazit: Es lohnt sich, das Buch zu lesen. *Arnold Isler*
■■■

Peter Füglistaler und Maurice Pedergnana: Wege zu einer sozialen Schweiz. Schweizerische Sozialpolitik nach dem Jahr 2000. Orell Füssli 1993. 230 S., Fr. 44.–.